

Oberhauser, Alois

Article — Digitized Version

Stabilitätspolitik bei Unternehmenskonzentration

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Oberhauser, Alois (1979) : Stabilitätspolitik bei Unternehmenskonzentration, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 59, Iss. 7, pp. 356-360

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135341>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Stabilitätspolitik bei Unternehmenskonzentration

Alois Oberhauser, Freiburg i. Br.

Mindert die Unternehmenskonzentration die Wirksamkeit der Stabilitätspolitik? Ist die erhöhte Konzentration, die sich in der Realität beobachten läßt, ein Grund dafür, daß sowohl in der Hochkonjunktur als auch in der Rezession die stabilitätspolitischen Erfolge gering sind? – Fragen, die in den letzten Jahren angesichts der mangelnden Erfolge der Stabilitätspolitik immer wieder aufgetaucht sind. Prof. Oberhauser ging ihnen in einem Gutachten für die Monopolkommission nach¹. Die Ergebnisse seiner Untersuchung faßt er im folgenden Aufsatz zusammen.

Im Vordergrund der nachstehenden Ausführungen steht das Problem, ob die Wirksamkeit antizyklischer Maßnahmen von der Unternehmenskonzentration abhängig ist. Daneben gibt es noch andere Zusammenhänge zwischen Konzentration und konjunkturellen Schwankungen. So ist es wahrscheinlich, daß konjunkturelle Veränderungen den Konzentrationsprozeß mitbestimmen und daß umgekehrt auch die Konzentration die konjunkturellen Schwankungen beeinflußt.

Ein Grund für die Abhängigkeit der Stabilitätspolitik von der Konzentration könnte darin liegen, daß konzentrierte Unternehmen in stärkerem Maße als andere in der Lage sind, ihre Preise zu setzen. Man spricht von administrierten Preisen. Mit den Preisen und ihren Veränderungen sind dann Rückwirkungen auf Produktion und Beschäftigung verbunden. Außer über das Preisverhalten kann die Konzentration aber auch noch auf andere Weise die Wirksamkeit der Stabilitätspolitik beeinflussen, so über die Investitionen oder über ihre Bedeutung für die Lohnsteigerungen.

Preisverhalten der Unternehmen

Bei der hier interessierenden Fragestellung geht es nicht um den Einfluß der Konzentration auf die Preishöhe, sondern auf die Preisveränderungen

bei unvollkommener Konkurrenz, unvollkommener Markttransparenz und Unsicherheit. Die Ansichten darüber, welcher Art diese Einflüsse sind, divergieren stark. Teilweise wird argumentiert, daß die relativ große Starrheit der Preise, die sich bei konzentrierten Unternehmen empirisch beobachten läßt, dazu führe, daß diese Preise bei einem allgemeinen Preisanstieg nachhinken und so zumindest vorübergehend ein stabilisierender Effekt bei Nachfrageerhöhungen eintritt.

Es findet sich aber genauso die gegenteilige Auffassung. Nach ihr beschleunigt die Konzentration den Preisanstieg, da die konzentrierten Unternehmen die Marktsituation besser auszunutzen vermögen, ungenutzte Gewinnerhöhungsspielräume haben und Kostensteigerungen leichter in den Preisen weitergeben können.

Beide Auffassungen müssen sich nicht widersprechen. Es spricht vieles dafür, daß je nach den gegebenen Voraussetzungen die Auswirkungen der Konzentration stabilitätspolitisch günstig oder nachteilig sein können. Dieses soll zunächst für die Hochkonjunktur und für eine auf Stabilisierung der Nachfrageentwicklung gerichtete Konjunkturpolitik gezeigt werden.

Ursachen der Preisstarrheit

Die relative Starrheit der Preise und deren Kostenorientierung ist weit weniger überraschend und auch weniger nachteilig, als es auf den ersten Blick scheint. Nur auf Märkten mit annähernd vollständiger Konkurrenz

¹ Das Gutachten ist unter dem Titel „Unternehmenskonzentration und Wirksamkeit der Stabilitätspolitik“ gerade im Verlag Mohr, Tübingen, erschienen.

Prof. Dr. Alois Oberhauser, 48, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre und Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft an der Universität Freiburg.

und börsenähnlichem Charakter kann die Preisbildung weitgehend unabhängig von den Kosten erfolgen. Im gewerblichen Sektor, in dem kaum vollständig homogene Produkte angeboten werden, bilden indes die Kosten stets den Ausgangspunkt für die Preiskalkulation. Schon wegen der mangelnden Transparenz sind fast alle Unternehmen auf eine Preissetzung angewiesen. Es gibt – insbesondere bei konzentrierten Unternehmen – verschiedene Gründe, die auf eine ziemliche Starrheit der Preise hinwirken:

- ☐ Aufgrund der sachlichen, räumlichen und personellen Inhomogenität der Güter stehen fast alle Unternehmen geneigten Nachfragekurven gegenüber, d. h. sie brauchen sich nicht in vollem Umfang dem Preis zu unterwerfen, der sich am Markt bildet. Die Konkurrenz vollzieht sich nur noch über mehr oder weniger enge Substitute. Bei geneigten Nachfragekurven muß die Elastizität der Nachfrage sehr hoch sein, damit sich ein Wettbewerb über Preissenkungen lohnt. Ist z. B. die Umsatzrendite 6% – ein Satz, der nur von wenigen Unternehmen erreicht wird –, so müßte bei einer Preissenkung von 3% der Absatz um mehr als das doppelte steigen, damit die Gewinne überhaupt zunehmen. Eine solche Absatzausweitung scheitert in der Regel bereits an den vorhandenen Kapazitäten.
- ☐ Hinzu kommt, daß viele Unternehmen sogenannten geknickten Nachfragekurven gegenüberstehen, d. h. daß sie damit rechnen müssen, daß bei Preissenkungen die Konkurrenten folgen, bei Preiserhöhungen dagegen nicht ohne weiteres. Der Wettbewerb verlagert sich dann häufig auf andere Aktionsparameter.
- ☐ Wegen der unvollkommenen Kenntnis der Kosten- und Nachfragekurven und der Unsicherheiten über die zukünftige Entwicklung wird die Preissetzung an den Kosten orientiert, ohne daß das (kurzfristige) Gewinnmaximum angestrebt wird.
- ☐ Preisführerschaft und andere oligopolistische Verhaltensweisen wirken ebenfalls auf relativ starre Preise hin.
- ☐ Veränderungen der Listenpreise sind zudem selbst mit Kosten verbunden.

Starke Kostenorientierung

Aus diesen Gründen ist mit einer starken Kostenorientierung der Unternehmen zu rechnen. Der Wettbewerb spiegelt sich in den von der Marktsituation keineswegs unabhängig kalkulierten Gewinnaufschlägen und den realisierten Gewinnspannen. Wie die Erfahrungen zeigen, sind diese Gewinnspannen keineswegs fix, sondern variieren erheblich im Zeitablauf – insbesondere in Abhängigkeit von der konjunkturellen Situation.

Dennoch bleibt, daß die konzentrierten Unternehmen einen Entscheidungsspielraum besitzen, der allerdings durch ihre Marktstellung begrenzt ist. Wird das Gewinnmaximum nicht ausgenutzt, so liegt ihr realisierter Monopolgrad unter dem potentiellen. Es bestehen dann nicht-ausgenutzte Gewinnmargen.

Preisstarrheiten in Verbindung mit Entscheidungsspielräumen und nicht-ausgenutzten Gewinnmargen haben nun die Tendenz, den Inflationsprozeß zunächst zu bremsen, wenn dieser rein nachfragebedingt ist und sich der Nachfrageüberhang in Grenzen hält. Die zunehmende Nachfrage schlägt sich dann in erhöhter Kapazitätsauslastung und verlängerten Lieferfristen nieder. Die Unternehmen bemühen sich um eine Kapazitätsanpassung. Die Konzentration erweist sich unter diesen Umständen als Stabilitätsfaktor. Bei starker Konkurrenz ist wegen des raschen Ausgleichs von Angebot und Nachfrage mit derartigen Reaktionen nicht zu rechnen.

Im Prinzip kann die Stabilitätspolitik diese Preisstarrheiten für ihre Ziele nutzen. Voraussetzung ist allerdings, daß es ihr bereits in der Aufschwungsphase gelingt, die Nachfragesteigerung in Grenzen zu halten. In diesem Fall werden die Preissteigerungstendenzen abgemildert und auf eine Preisberuhigung hingewirkt.

In der Realität ist es indes nicht leicht, gerade in dieser Phase entsprechend dosierte stabilitätspolitische Maßnahmen zu erreichen. Dauert der Nachfrageanstieg an und kommen Stückkostensteigerungen hinzu, so ist zu erwarten, daß jetzt die Konzentration den Preissteigerungsprozeß eher beschleunigt. Das hängt damit zusammen, daß Preisstarrheiten nicht bedeuten, daß nicht mehr oder weniger häufig Preisanpassungen erfolgen. Ist der Nachfrageüberhang so groß, daß er in absehbarer Zeit nicht durch Produktions- und Kapazitätsausweitungen abgebaut werden kann, so werden auch die konzentrierten Unternehmen die Preise erhöhen. Aufgrund ihrer Marktstellung und wenn nicht-ausgenutzte Preiserhöhungsspielräume bestehen, kann es dann zu Preissteigerungen kommen, die über das durchschnittliche Ausmaß hinausgehen.

Überwälzung von Kosten

Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Kostenorientierung der Unternehmen. Wenn die Nachfragesteigerungen mit Kostensteigerungen einhergehen, was meist in den späteren Phasen des Aufschwungs, aber nicht nur in diesen, der Fall ist, so führt die Konzentration ziemlich zwangsläufig zu Kostenüberwälzungen und damit zu Preissteigerungen. Dafür ist es unerheblich, ob die Nachfrage oder die Ko-

sten zuerst gestiegen sind. Ausschlaggebend ist auch nicht so sehr, daß die Kosten Kalkulationsgrundlage sind, sondern daß paralleles Verhalten der Konkurrenten und vorhandene Preiserhöhungsspielräume auf den einzelnen Märkten eine Überwälzung gestatten, selbst wenn es dadurch zu einer gewissen Unterauslastung der Kapazitäten kommt.

Je mehr daher eine reine Nachfrageinflation in eine kostenbedingte übergeht, bei der zumeist auch die Nachfrage mitwächst, um so mehr gehen von den konzentrierten Unternehmen Preissteigerungen aus. Die Stückkostenerhöhungen werden zum bestimmenden Faktor. Vielfach werden dann auch früher unterlassene Preissteigerungen nachgeholt. Die konzentrierten Unternehmen beginnen, bei den Preiserhöhungen voranzueilen. Hieraus erklärt sich auch, warum es in vielen Ländern neuerdings zu Stagflationen, d. h. zu Preisniveausteigerungen bei Unterbeschäftigung kommt.

Für die Stabilitätspolitik ergeben sich daraus erhebliche Schwierigkeiten. Es genügt nicht mehr, die Überhangnachfrage abzubauen. Solange der Stückkostenanstieg andauert, sind die konzentrierten Unternehmen bei einem unausgenutzten Gewinnspielraum in der La-

ge, auch bei gebremster Nachfrageausweitung die eintretenden Kostensteigerungen zu überwälzen. Die Last der Stabilisierungsbemühungen wird den weniger konzentrierten Unternehmen aufgebürdet. Die Wirksamkeit der Stabilitätspolitik wird herabgesetzt. Sie läuft Gefahr, zumal wenn sie vornehmlich auf eine Nachfrageminderung gerichtet ist, daß sie eine Reduzierung des Preisanstiegs nur mit Produktionseinschränkungen und Unterbeschäftigung erkaufen kann.

Begünstigung von Lohnerhöhungen

Zwischen der Konzentration und dem Stückkostenanstieg besteht aber noch eine andere Beziehung. Die Konzentration begünstigt nämlich Lohnerhöhungen, die gütermäßig nicht realisierbar sind. Wie die Argumentation der Gewerkschaften zeigt, werden Tariflohnsteigerungen in starkem Maße durch die Gewinne größerer Unternehmen in den einzelnen Branchen mitbestimmt. Ferner übernehmen die Gewerkschaften der Branchen, deren Absatz- und Gewinnsituation relativ gut ist, vielfach Lohnführerfunktionen. Die Löhne sind in den konzentrierten Bereichen nicht nur höher, die Verhandlungsmacht der entsprechenden Gewerkschaften ist auch größer.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Peter Gloystein

FINANZIERUNG DES INDUSTRIELLEN STRUKTURWANDELS DURCH DIE EG

Die von einer Wirtschaftsintegration erwarteten Wohlfahrtseffekte hängen nicht nur von der Ausweitung des Handels ab, sondern auch von der dadurch ausgelösten industriellen Umstrukturierung. In der vorliegenden Studie wird untersucht, ob das in der Europäischen Gemeinschaft zur Zeit bestehende, historisch gewachsene und nicht als ein Gesamtsystem konzipierte Finanzhilfelinstrumentarium zur Lösung der sich stellenden industriepolitischen Aufgaben geeignet ist.

Großoktav, 320 Seiten, 1979, Preis brosch. DM 44,—

ISBN 3-87895-172-8

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

Da konzentrierte Unternehmen zudem eher in der Lage sind, Kostensteigerungen zu überwälzen, setzen sie auch Lohnforderungen weniger Widerstand entgegen. Vielfach sind sie bei Nachfrageüberhängen auch bereit, die Effektivlöhne über die Tarifföhne hinaus zu erhöhen, um dadurch Arbeitskräfte anzuwerben. Lohn- und Preissteigerungen schaukeln sich auf. Der Inflationsprozeß wird beschleunigt.

Für die Stabilitätspolitik ergibt sich hieraus, daß sie, wenn sie erfolgreich sein will, auch die Kostenentwicklung beeinflussen muß. Eine reine Nachfragepolitik genügt nicht. Es muß eine wirksame Einkommenspolitik hinzukommen.

Investitionsverhalten

Stabilitätspolitik von besonderer Bedeutung ist noch das Investitionsverhalten konzentrierter Unternehmen. Die Veränderungen der privaten Investitionen bestimmen nämlich in starkem Maße die konjunkturelle Entwicklung. Zudem sind die Investitionen immer noch der Hauptansatzpunkt der Geld- und Finanzpolitik.

Konzentrierte Unternehmen verfügen im allgemeinen über bessere Finanzierungsmöglichkeiten für ihre Investitionen. Das gilt auch für Perioden restriktiver Politik. Der Grund ist nicht nur in meist relativ höheren Gewinnspannen, sondern auch im leichteren und kostengünstigeren Zugang zu den Kreditmärkten zu suchen. Außerdem können sie eher auf eine Auslandsfinanzierung zurückgreifen. Insofern brauchen sie weniger auf kreditpolitische Maßnahmen zu reagieren, vor allem wenn ihre Absatzlage noch gut ist.

Diesen Zusammenhängen steht allerdings entgegen, daß größere Unternehmen, wie empirische Erfahrungen zeigen, eher geneigt und in der Lage sind, antizyklisch zu investieren als kleinere. Dazu richten sie sich auch an den entsprechenden stabilitätspolitischen Maßnahmen aus. Soweit dies geschieht, unterstützen sie die Konjunkturpolitik sowohl in der Hochkonjunktur als auch in der Rezession.

Stagflationen lassen sich auf das Zusammenwirken von zwei Ursachen zurückführen: Einmal dauern Lohnkostensteigerungen noch an, auch wenn die Vollbeschäftigung bereits unterschritten ist, weil die Gewerkschaften die Zusammenhänge zwischen Löhnen, Preisen und Beschäftigung falsch einschätzen. Zum anderen reagieren die Unternehmen bei einer Nachfrage, die im Verhältnis zum Produktionspotential zurückbleibt, nicht mit Preissenkungen, sondern mit Produktionseinschränkungen. Dies hängt in starkem Maße mit der Konzentration zusammen.

Die Stabilitätspolitik steht infolgedessen in fast allen westlichen Ländern seit einigen Jahren vor dem Problem, daß wirtschaftliche Rückschläge nicht mehr durch eine reine Ausweitung der Nachfrage überwunden werden können, da bei Unterbeschäftigung die Preissteigerungen noch andauern und eine Mehrnachfrage, die Gefahr weiterer Preiserhöhungen mit sich bringt. Die Stabilitätspolitik muß daher darauf gerichtet sein, parallel zur Nachfragesteigerung einen Stückkostenanstieg zu unterbinden. Zugleich ist unter realistischen Voraussetzungen im konjunkturellen Aufschwung eine Gewinnquotenerhöhung nicht zu umgehen.

Was zunächst die Politik einer Nachfrageausweitung betrifft, so basiert sie auf der Annahme, daß die Mehrnachfrage auf unausgenutzte Kapazitäten trifft und daher zu Produktions- und Beschäftigungssteigerungen führt. Auf der anderen Seite besteht aber auch die Gefahr, daß Unternehmen versucht sind, bislang unzulänglich weitergegebene Kostenerhöhungen nachträglich in den Preisen abzuwälzen.

In dieser Situation kann sich die Konzentration vorteilhaft auswirken. Allerdings sind die Zusammenhänge nicht zwingend. Geht man davon aus, daß die konzentrierten Unternehmen im Abschwung in der Lage waren, die Preise im Verhältnis zu den Kosten weniger als andere Unternehmen absinken zu lassen und dadurch die Gewinnspannen einigermaßen zu halten, so mußten sie eine Produktions- und Absatzeinbuße hinnehmen. Zugleich haben sie aber immer noch Gewinne.

Eine Mehrnachfrage gestattet es ihnen, die Kapazitätsreserven auszunutzen und eventuell bei sinkenden oder einigermaßen konstanten Grenzkosten die Nachfrage zu befriedigen. Die verbesserte Kapazitätsauslastung läßt zudem ihre Gewinne im Verhältnis zum Eigenkapital steigen. Sie stehen nicht unter dem Zwang, zunächst einmal wieder „normale“ Gewinnspannen zu erreichen.

Größere Preisstarrheiten und stärkere Produktionsanpassungen konzentrierter Unternehmen bei wirtschaftlichen Rückschlägen verschärfen somit den Abschwung, erleichtern aber zugleich eine expansive Nachfragepolitik. Voraussetzung ist allerdings auch hier, daß der Stückkostenanstieg gebremst bleibt.

Einkommenspolitik auch im Aufschwung

Es besteht jedoch die Gefahr, daß sich diese Voraussetzung unter den heutigen Gegebenheiten schwer erfüllen läßt. Zwar reagieren die Lohnsteigerungsraten und damit der Kostenanstieg immer noch auf Unterbeschäftigung und sinkende Preissteigerungen, doch sind Gewinnquotenerhöhungen

gen – vor allem wenn sie auch noch mit Preissteigerungen verbunden sind – für die Gewerkschaften meist ein Anlaß, stärkere Lohnerhöhungen zu fordern und durchzusetzen. Dabei spielen die Gewinne und die Lohnzugeständnisse der konzentrierten Unternehmen wieder eine erhebliche Rolle.

Die Gewinnquotensteigerung im Aufschwung ergibt sich, wie die Kreislauftheorie der Verteilung nachgewiesen hat, vor allem durch die überproportional wachsenden privaten Investitionen und die hohe Staatsverschuldung, die für die expansive Politik erforderlich ist. Die Gewerkschaften versuchen diesen Gewinnanstieg rückgängig zu machen. Es wird jedoch von ihnen verkannt, daß die Reallohnsteigerungen – von Veränderungen im Sparverhalten der Arbeitnehmer abgesehen – nur durch den Zuwachs an Konsumgütern bestimmt werden und ein immer wieder geforderter Inflationsausgleich für Preissteigerungen der Vorperioden gütermäßig unmöglich ist.

Stabilitätspolitik bedeutet dies, daß gerade auch im Aufschwung auf eine entsprechende Einkommenspolitik, die an den gütermäßigen Zusammenhängen orientiert ist, nicht verzichtet werden kann. Selbst ein weitgehender Abbau der Konzentration würde daran nichts ändern.

Ob die konzentrierten oder die weniger konzentrierten Unternehmen auf investitionsfördernde Maßnahmen in der Rezession stärker reagieren, läßt sich nicht eindeutig sagen. Zwar zeigen die Statistiken, daß die größeren Unternehmen Investitionsvergünstigungen stärker ausnutzen; doch ist dies nicht ohne weiteres gleichzusetzen mit einer entsprechenden Ausweitung ihrer Investitionen. Sehr wahrscheinlich wäre der

größte Teil der begünstigten Investitionen sowieso getätigt worden.

Bei befristet gewährten Investitionsvergünstigungen kann allerdings damit gerechnet werden, daß größere Unternehmen ihre Investitionen zeitlich vorziehen und früher reagieren. Beides ist wegen der eintretenden Multiplikator- und Akzeleratoreffekte konjunkturpolitisch erwünscht.

Im Gegensatz zu Phasen restriktiver Politik gehen von der Investitionsfinanzierung der konzentrierten Unternehmen keine negativen Effekte auf die übrigen Unternehmen aus, sofern von der Zentralbank eine expansive Politik betrieben wird.

Schwierige Stabilitätspolitik

Insgesamt läßt sich feststellen, daß die Konzentration die Wirksamkeit der Stabilitätspolitik bei expansivem Einsatz nicht stört, sondern im Gegenteil eher unterstützt. Auch bei restriktivem Einsatz dürften noch die Vorteile überwiegen, solange lediglich eine quantitativ begrenzte reine Nachfrageinflation vorliegt. Bei stärkerem Nachfrageüberhang und vor allem bei kosteninduzierten Preissteigerungen erweist sich die Konzentration jedoch als Faktor, der die Erfolgsaussichten der Stabilitätspolitik beeinträchtigt und zur Stagflation beiträgt.

Für die Stabilitätspolitik ergibt sich, daß sie keiner grundlegenden Neugestaltung bedarf, indes bei restriktivem Einsatz schwieriger wird. Sie muß versuchen, bereits in der ersten Phase nachfragebedingten Übersteigerungen entgegenzutreten und die Vermeidung eines Stückkostenanstiegs durch eine Einkommenspolitik zu einer ihrer Hauptaufgaben zu machen. Die Anforderungen an die Stabilitätspolitik wachsen.

HERAUSGEBER: HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg (Prof. Dr. Armin Gutowski, Prof. Dr. Hans-Jürgen Schmahl)

REDAKTION:

Dr. Otto G. Mayer (Chefredakteur), Dr. Klaus Kwasniewski (Stellvertreter), Dipl.-Vw. Christine Bull, Dipl.-Vw. Claus Hamann, Helga Lange, Helga Wenke, Dipl.-Vw. Klauspeter Zanzig

Anschrift der Redaktion: 2 Hamburg 36, Neuer Jungfernstieg 21, Tel.: (0 40) 35 62 306/307

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Zeitschrift oder Teile daraus auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) oder auf eine andere Art zu vervielfältigen. Copyright bei Verlag Weltarchiv GmbH.

HERSTELLUNG UND VERTRIEB:

Verlag Weltarchiv GmbH, Hamburg

Anzeigen: Generalvertretung Dr. Hans Klemen

Anzeigenpreisliste: Nr. 13 vom 1. 7. 1974

Bezugspreise: Einzelheft: DM 7,50, Jahresabonnement: DM 80,- (Studenten: DM 30,-)

Erscheinungsweise: monatlich

Druck: Buch- und Offsetdruckerei Wunsch, 8431 Neumarkt

Anschrift des Verlages: 2 Hamburg 36, Neuer Jungfernstieg 21, Tel.: (0 40) 35 62 500